

## STANDPUNKT

## » Finanziell prekäre Politische Erwachsenenbildung im Dienste der besorgten Bildungsbürger/innen



Dr. Andreas Mayert

Referent für Wirtschafts- und Sozialpolitik am Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD  
 Andreas.mayert@si-ekd.de

Rechtspopulismus ist keine politische Nische für Bildungsferne und Modernisierungsverlierer, sondern längst ein ausgewachsenes Problem der Gesamtgesellschaft.

Immer dann, wenn ein hinreichend gro-

ßer oder akustisch vernehmbarer Teil der Bevölkerung eine Richtung einschlägt, die eine spürbare Erschütterung des demokratischen Selbstverständnisses und geteilter Werte der Gesellschaft sowie des politischen Systems anzuzeigen scheint, wird in Sonntagsreden und Stellungnahmen auf die Bedeutung der politischen Bildung in der Schule und im Erwachsenenalter hingewiesen. Politische Bildung sei noch nie so wichtig gewesen wie heute, heißt es dann, denn diese oder jene Barbaren müssen aufgeklärt werden, bevor sie bleibende Schäden anrichten. Zumeist geht es dabei um das Thema Rechtsradikalismus – erinnert sei nur an die frühen 1990er Jahre und die fremdenfeindlichen Anschläge jener Zeit. Doch hat sich seither einiges geändert.

Waren es früher hasserfüllte soziale Randgruppen, die ihre niedrigen Instinkte in willkürlichen Gewaltakten gegen Minderheiten auslebten, sitzen die Rechtsextremen seit 2017 im Deutschen Bundestag – freilich nicht mehr als solche bezeichnet, sondern weniger gefährlich klingend „Rechtspopulisten“ genannt. Es sind auch keine sozialen Randgruppen, die dort sitzen. Zu finden ist hier ein Querschnitt des Bildungsbürgertums: Professoren, Journalisten, Unternehmer, Unternehmensberater und Juristen, um den beruflichen Hintergrund nur einiger weniger der neuen Abgeordneten zu nennen. Und auch die Wähler der Rechtspopulisten sind nicht, wie oft kolportiert wird, vorwiegend „Modernisierungsverlierer“, „Abgehängte“ und „Bildungsferne“. Vor diesem Hintergrund muss man feststellen: Die Behauptung, politische Erwachsenenbildung sei noch nie so wichtig gewesen wie heute, ist falsch. Richtig muss es lauten: Politische Erwachsenenbildung wäre gestern mindestens ebenso wichtig gewesen wie sie es heute ist, denn es ist auch in Deutschland nicht gelungen, die Bar-

baren aufzuhalten, sie sind bereits da und stammen längst nicht mehr nur aus der sozialen Verliererecke, wo sie in gutbürgerlicher Überheblichkeit leider immer noch viel zu häufig verortet werden.<sup>1</sup> Vermutlich ist diese Betriebsblindheit gegenüber gesellschaftlichen Umbrüchen ein Grund dafür, dass gestern einiges übersehen, versäumt oder falsch gemacht worden ist – im Zusammenspiel von Politik und Trägern der Erwachsenenbildung mit den Einrichtungen, aber auch innerhalb der politischen Erwachsenenbildung.

Der politischen (Evangelischen) Erwachsenenbildung fehlt es an allem, nur nicht an einem Stamplatz in den Sonntagsreden.

Zum einen ist die politische Bildung im Zuge von Ökonomisierungsprozessen im Bereich der Erwachsenenbildung marginalisiert worden – eine Entwicklung, die den verschiedenen öffentlichen und trägerspezifischen Finanziers der Bildungseinrichtungen anzukreiden ist. Im Jahr 2015 entfielen laut der Weiterbildungsstatistik im Verbund noch 4,1 % der Veranstaltungen und 2,7 % der Unterrichtsstunden auf den Bereich Politik und Gesellschaft.<sup>2</sup> In der Evangelischen Erwachsenenbildung sieht es auf den ersten Blick ein wenig besser aus, immerhin 8,9 % der Veranstaltungen entfallen auf den Bereich Politik und Gesellschaft. Allerdings sind nur 4,2 % der Unterrichtsstunden diesem Bereich zuzuordnen, seit 2003 hat sich die Zahl der Unterrichtsstunden halbiert.<sup>3</sup> Die geringe Anzahl von Unterrichtsstunden weist darauf hin, dass die typische Veranstaltung der politischen Erwachsenenbildung kurz ist – im Durchschnitt umfasst sie 4,2 Stunden. Das verwundert kaum, denn Veranstaltungen mit weniger als drei Unterrichtsstunden machen 72,2 % aller Veranstaltungen im Bereich Politik und Gesellschaft aus. Diese dauern im Schnitt zwei Stunden und man kann annehmen, dass es sich dabei hauptsächlich um Vorträge von Honorarkräften handelt. Dass auf diese Weise nachhaltige Bildungsprozesse angestoßen werden, ist kaum anzunehmen – und wird anscheinend auch nicht ernsthaft erwartet. So heißt es beispielsweise in dem bereits in Fußnote 2 zitierten Impulspapier der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland zwar: „Die demokratischen Parteien stehen in der Pflicht, wo immer

<sup>1</sup> Vgl. z.B. die Erklärung der Zunahme rechtspopulistischer Einstellungen in EKD (Hrsg.) (2017): Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Hannover, S. 15: „Häufig, wenn auch nicht zwangsläufig, geht die unterschiedliche Wahrnehmung des gesellschaftlichen Wandels mit dem Bildungsgrad einher. Die Bruchlinie verläuft dann zwischen den Angehörigen von Bildungseliten und weniger gut bzw. flexibel ausgebildeten Schichten. Diese sind nicht selten auch weniger mobil; ihre Mittel reichen nicht aus, um die durch den Wandel eröffneten Möglichkeiten für sich fruchtbar zu machen. Vor allem aber fehlt ihnen die Zuversicht, die Freiheiten der Demokratie für sich nutzen zu können. Stattdessen sehen sie sich als Verlierer der Veränderungen und empfinden – mitunter nicht zu Unrecht – deren Lasten als ungerecht verteilt.“ Ein Blick auf die Wählerschichtung der AfD zeigt, dass solche Analysen an der Realität vorbeigehen. So verfügen 73 % der AfD-Wähler über eine abgeschlossene Berufsausbildung und 18 % über einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss. 52 % der AfD-Wähler

möglich den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen, programmatische Alternativen anzubieten und Menschen wieder verstärkt in die Entscheidungsfindungen einzubeziehen. (...) *Voraussetzung für einen derartigen demokratischen Prozess ist es, die politische Bildung zu intensivieren.*<sup>44</sup> In den weiteren Ausführungen des Impulspapiers sucht man jedoch vergeblich einen Hinweis darauf, welchen Beitrag die eigene Evangelische Erwachsenenbildung hierzu leisten könnte oder durch welche Maßnahmen und bereitgestellte Mittel es ihr gelingen könnte, eine Intensivierung der politischen Bildung in die Tat umzusetzen.

Die Marginalisierung der politischen Erwachsenenbildung dürfte unter politischen Bildnern wohl bekannt sein und wird auch allenthalben beklagt. Kommen wir daher zu einem zweiten Kritikpunkt.

Nicht die Verlierer, sondern diejenigen, die noch etwas zu verlieren haben, sind schon seit längerem anfällig für Simplifizierungen und reaktionäre Thesen.

In der politischen Erwachsenenbildung wurde in den letzten Jahren versäumt, die Frage, welche eigentlich die hauptsächlichen Nutzer ihrer Angebote sind, mit der Frage zu verknüpfen, welche Bildungsansätze und -inhalte bei dieser Zielgruppe möglicherweise kontraproduktiv sein könnten. Wer die hauptsächlichen Nutzer sind, ist hinlänglich bekannt: das Bildungsbürgertum und damit genau jene Gesellschaftsgruppe, die für „populistische“ Ideen immer empfänglicher wird, weil ein Teil von ihm, im Gegensatz zu den sogenannten Abgehängten, noch befürchtet, etwas verlieren zu können: zum einen seine ökonomisch privilegierte Stellung im Zuge des Schrumpfens der gesellschaftlichen Mitte, zum anderen seine weltanschauliche und kulturelle Identität – oder besser: Homogenität.

Aber welche Bildungsansätze und -inhalte könnten bei dieser Zielgruppe kontraproduktiv sein? Zum Beispiel solche, die den sukzessiven Vertrauensverlust in die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie und ihrer Institutionen fördern, simple Erklärungsansätze liefern, als Schuldige eine mehr oder weniger nebulöse „Elite“ ausmachen und Lösungsansätze diskutieren, die mit unserem derzeitigen politischen und ökonomischen System unvereinbar sind. Um eines deutlich auszusprechen: Keinem/r politischen Erwachsenenbildner/in soll hier unterstellt werden, gezielt eine zunehmende Hoffähigkeit politischer Positionen gefördert zu haben, die für „rechtspopulistische“ Weltbilder typisch sind. Ein Teil der politischen Erwachsenenbildner/innen sollte jedoch selbstkritisch darüber nachdenken, ob er oder sie, in der eigenen politischen Filterblase gefangen, ausreichend reflektiert hat, ähnlich *reaktionäre Narrative* zu bedienen wie die Feinde der Demokratie von rechts. Was verstehe

ich dabei unter reaktionären Narrativen? Eine gute Definition stammt vom US-amerikanischen Politikwissenschaftler Mark Lilla, der sich in einem 2016 erschienenen Buch mit der Gedankenwelt politisch Reaktionärer beschäftigt hat. Er schreibt: „Reaktionäre kommen aus verschiedenen Richtungen, teilen aber eine ähnliche Mentalität: Es gab einmal ein goldenes Zeitalter, als die Menschen ihren Platz kannten und in Harmonie lebten. Aber dieses goldene Zeitalter wurde von den Eliten verraten. Der Verrat der Eliten ist der Dreh- und Angelpunkt jeder reaktionären Geschichte.“<sup>45</sup>

Das „goldene Zeitalter“ begegnet uns zum Beispiel in den unzähligen Diskursen politischer Bildner/innen über den von Colin Crouch geprägten Begriff der „Postdemokratie“ wieder.<sup>46</sup> Als goldenes Zeitalter der Demokratie gelten die 1960er und 1970er Jahre und das Ende dieses Zeitalters wurde, so Crouch, mit dem Siegeszug des „Neoliberalismus“ in den 1980er Jahren eingeleitet. Seither existierten demokratische Institutionen zwar formell weiter, würden aber inhaltlich mehr und mehr ausgehöhlt und so im Zeitverlauf zu einer reinen Fassade. Politische Bildner/innen, die dieser These zustimmen, zitieren häufig die Postdemokratie-Aufsätze der belgischen Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe. Vergleichen wir einmal eine ihrer typischen Aussagen, veröffentlicht 2011 im Fachjournal der Bundeszentrale für politische Bildung, mit der zuvor aufgeführten Definition reaktionärer Narrative: *„Unter der derzeitigen Hegemonie des Neoliberalismus allerdings ist die liberale Komponente so dominant geworden, dass die demokratische fast verschwunden ist. Demokratie wird heute lediglich als Rechtsstaatlichkeit und die Verteidigung der Menschenrechte verstanden, während die Idee der Volkssouveränität als überholt gilt und aufgegeben worden zu sein scheint. Wer sich gegen die Regeln der Eliten auflehnt und darauf besteht, dem Volk ein Mitspracherecht einzuräumen und seinen Bedürfnissen Raum zu geben, wird als ‚Populist‘ abgewiesen.“*<sup>47</sup>

Selbstverständlich ist Chantal Mouffe alles andere als eine politische Rechte und weiß ihre Ausführungen einzuordnen. Aber wissen das ihre Leser/innen und lernen es auch die Teilnehmenden an Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung als dialektisch oder zumindest pointiert zu verstehen? Was an diesem Textbeispiel jedenfalls auffällt – und man könnte viele Beispiele anderer Autor/inn/en nennen – ist, dass es sich um eine durch und durch reaktionäre Erzählung handelt: Irgendwann einmal – und man möchte nicht so genau darüber nachdenken, wann das wohl gewesen sein könnte – existierte das goldene Zeitalter echter Volkssouveränität, aber die „Eliten“ haben die Regeln geändert. Wer sich heute für das Mitspracherecht und die echten Bedürfnisse „des Volkes“ ausspricht, wird geächtet, vermutlich von den Mainstream-Medien.

sind Angestellte und Beamte, 14 % Selbstständige – aber nur 7 % arbeitslos. Vgl. hierzu Brenke, K./Kritikos, A. S. (2017): Wählerstruktur im Wandel. In: DIW-Wochenbericht Nr. 29/2017, S. 598. Übereinstimmend mit diesen Zahlen das Fazit der Studie von Lengfeld, H. (2016): Die Alternative für Deutschland. Eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 69, S. 227: „Die Befunde deuten eher auf eine stärkere Unterstützung durch mittlere und höhere Statuslagen hin. Damit konnte kein Hinweis auf die Gültigkeit der Modernisierungsverliererthese gefunden werden.“

<sup>2</sup> Vgl. Horn, H./Lux, T./Ambos, I. (2017): Weiterbildungsstatistik im Verbund. Bonn, S. 30–31.

<sup>3</sup> DIE/DEAE (Hrsg.) (2016): Evangelische Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 15.

<sup>4</sup> EKD (Hrsg.) (2017): Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Hannover, S. 20–21.

<sup>5</sup> Lilla, M. (2016): The Shipwrecked Mind: On Political Reaction. New York. (Übersetzung durch den Autor.)

<sup>6</sup> Crouch, C. (2008): Postdemokratie. Berlin.

<sup>7</sup> Mouffe, C. (2011): Postdemokratie und die zunehmende Entpolitisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 1–2/2011, S. 4–5.

Eine solche „Erzählung“ würde auf keiner Pegida-Veranstaltung negativ auffallen, auch wenn ihr politischer Hintergrund ein völlig anderer ist. Insofern ist dem Historiker Paul Nolte zuzustimmen, der darauf hinweist, dass das Schlagwort „Postdemokratie“ vor 80 Jahren auf fruchtbaren Boden gefallen wäre.<sup>8</sup> Aber die Postdemokratie-Diskurse entsprechen inhaltlich nicht nur auf beinahe gruselige Weise dem rechtspopulistischen Lamento vom Kartell der Volksparteien und den „volksverräterischen“ Polit-Eliten, sie übersehen auch, von welchen Kräften die wahre Gefahr für jene Form von Demokratie, wie sie seit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland herangewachsen ist, ausgeht. Dabei reicht dazu ein kurzer Blick über die europäischen Grenzen: Polen und Ungarn sind nicht weit entfernt. Was der Demokratie in diesen Staaten an Gewalt angetan wird, geht nicht von irgendwelchen globalen Machteliten aus. Und es sind auch keine raffinierten Winkelzüge notwendig, um eine Fassadendemokratie zu errichten. Hat man erst einmal die Mehrheit „des Volkes“ für ein solches Projekt gewonnen, dann geschieht es ebenso plump wie durchsichtig.

Setzen sich politische Erwachsenenbildner mit dem Neoliberalismus auseinander – tatsächlich ein Thema von enormer Bedeutung –, verbreiten Einige von ihnen nicht nur reaktionäre Narrative, sondern darüber hinaus und vermutlich ohne es zu wissen reaktionäres Gedankengut. Als Beispiel sei hier die Fachgruppe Politische Bildung/Globales Lernen der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) herausgegriffen. In einem vor zwei Jahren veröffentlichten Denkanstoß-Papier zur wichtigen Frage, was eine „ökonomische Grundbildung“ beinhalten sollte, führen sie zunächst die Weltfinanzkrise der letzten Jahre auf neoliberales Denken zurück, das eben nicht die Grundlage ökonomischer Grundbildung sein dürfe.<sup>9</sup> Eine Kritik an Grundbildungsansätzen, die auf ökonomischen Sempelmodellen fußen, hat grundsätzlich meine Sympathien auf seiner Seite. Die Alternative dazu ist aber mehr als problematisch: Völlig unkritisch greift das Papier die Freiheitslehre des Antisemiten und Eugenikers Silvio Gesell und das Modell der „sozialen Dreigliederung“ von Gesellschaft in Kultursphäre, Ökonomie und Staat des Anti-Demokraten und Rassisten Rudolf Steiner auf.<sup>10</sup> Es ist eine beängstigende Vorstellung, dass ökonomische Grundbildung anhand der realitätsfremden Gedankenwelt von Personen vermittelt werden soll, die nicht nur dem ökonomischen „Mainstream“, sondern auch geteilten gesellschaftlichen Werten und der repräsentativen Demokratie ferner nicht stehen könnten.

Der Mainstream der politischen Erwachsenenbildung wird durch den Anspruch, marktförmiger zu funktionieren, seiner inhaltlichen Essenz beraubt.

Der Neoliberalismus, in einer informierten statt plakativen Weise diskutiert, ist eigentlich ein hervorragender Bezugspunkt für eine kritische, aufklärerische und selbstbewusste politische Erwachsenenbildung, denn schließlich sind seine Auswirkungen gerade hier zu spüren. Allerdings muss man sich dann ernsthaft damit auseinandersetzen, was eigentlich der Inhalt der neoliberalen Denkweise ist und warum sie, als in weiten Teilen unwissenschaftliche Ideologie enttarnt, so viel Schaden anrichten kann. So nutzt der Neoliberalismus zum Beispiel nicht, wie leider häufig von politischen Erwachsenenbildnern als Selbstverständlichkeit unterstellt, die ökonomische Standardtheorie, sondern steht mit ihr in weiten Teilen inhaltlich auf Kriegsfuß. Um nur ein Beispiel mit direktem Bezug zur Entwicklung der Erwachsenenbildung in den letzten Jahren zu nennen: Ökonomische Standardtheorien lassen sich gerade nicht vorbehaltlos mithilfe einer Art universell geltenden Modells auf alle Funktionsbereiche der Gesellschaft anwenden, vor allem nicht auf das Bildungssystem. Neoliberale glauben aber genau das. Insofern ist der Neoliberalismus vor allem eins: schlechte ökonomische Theorie. Und wie schlecht sie ist, haben die Einrichtungen der Erwachsenenbildung zu spüren bekommen: Hier wurde die Essenz dessen, was politische Erwachsenenbildung ausmacht, durch blinde Ökonomisierung zerstört. Erwachsenenbildungsangebote, die über Kursgebühren (ko-)finanziert werden müssen, führen paradoxerweise dazu, dass das eigentliche Geschäft, nämlich Kontroversen zu ermöglichen, nicht mehr läuft. Die öffentliche Debatte lebt davon, dass die vorgefassten politischen Einstellungen der Teilnehmenden reflektiert und irritiert werden, doch das ist schwer als ein „Produkt“ verkäuflich. Verkäuflich ist hauptsächlich das, was nicht politisch irritiert, sondern politisch bestätigt. Wer bezahlt schon für ein Bildungsangebot, das womöglich mit unbehaglichen Gefühlen zurücklässt, weil es die Teilnehmenden damit konfrontiert, dass ihre Meinungen über politische Zusammenhänge recht einseitig und teilweise schlecht durchdacht sind. Bezahlt wird vor allem für das, was das gute Gefühl vermittelt, richtig zu liegen. Bezahlte politische Bildung wird so zu dem, was politisches Kabarett schon lange ist: eine Wohlfühlveranstaltung für Rechthaber.

<sup>8</sup> Nolte, P. (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 1–2/2011, S. 8.

<sup>9</sup> Fachgruppe Politische Bildung/Globales Lernen der DEAE (2016): Denkanstöße zu einer ökonomischen Grundbildung, die in Alternativen denkt. [http://www.deae.de/Profilbildende-Themen/DenkanstoesseOekonomischerGrundbildung\\_final\\_19-01-16.pdf](http://www.deae.de/Profilbildende-Themen/DenkanstoesseOekonomischerGrundbildung_final_19-01-16.pdf)

<sup>10</sup> Die Aufnahme von Rudolf Steiner in das Papier ist besonders gedankenlos. Steiner, ein strammer Befürworter des 1. Weltkriegs und persönlicher Berater des Generalstabschefs Helmuth von Moltke, entwarf sein Dreigliederungsmodell 1916 mit dem Motiv, es den zu erobernden östlichen Ländern überzustreifen. In keiner der drei sozialen Sphären sollte es demokratisch zugehen, stattdessen ging er von einer natürlichen Herrschaft jener aus, die geistig und spirituell auf der höchsten Entwicklungsstufe stehen. Wenig überraschend sind das seinen kruden Thesen nach die Arier. Vgl. hierzu ausführlich Peter Staudenmaier (2014): *Between Occultism and Nazism: Anthroposophy and the Politics of Race in the Fascist Era*. Leiden und Boston.



Und so schließt sich in gewisser Weise der Kreis: Politische Erwachsenenbildung, durch Ökonomisierung ihrer Essenz beraubt, wird selbst unreflektiert und riskiert es, die Bedrohungsängste der Bildungsbürger vor globalen politischen und ökonomischen Machteliten, die über ihre Köpfe hinweg undurchsichtige Entscheidungen treffen und dabei Böses im Sinn haben, zu bedienen. Diese Narrative jedenfalls lassen sich in einer Zeit voller Unsicherheit und Umbrüche hervorragend an den Mann und an

die Frau bringen. Nicht, dass an diesen Narrativen nichts dran wäre, aber sollte es zurzeit doch in erster Linie darum gehen, unsere immer noch weitgehend funktionsfähige repräsentative Demokratie zu verteidigen – trotz all ihrer Macken. Die Verhältnisse in Polen und Ungarn zeigen uns, wie schlimm es in kürzester Zeit werden kann. Und keine globalen Eliten oder Neoliberalen, sondern 92 Abgeordnete des Deutschen Bundestages wollen genau dorthin.